

„Entwicklungspolitik als Herrschaftstechnik?“

Dokumentation des Seminars

28.-30.3.2008



Pullach bei München



Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e. V.

Dokumentation des Seminars

erstellt vom
Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e. V.
Pariser Straße 13, 81667 München
Tel. ++49-89-448 59 45
Fax ++49-89-48 76 73
e-Mail: info@oeku-buero.de
www.oeku-buero.de

Andrés Schmidt, Detlef von Bismarck, Eberhard Albrecht, Nicola Philipp,
Raphael Kiczka

Inhaltsverzeichnis:

<i>Einführung: Entstehung der Seminaridee und Ziel des Seminars.....</i>	<i>4</i>
<i>Referat Aram Ziai: Entwicklungspolitik als Herrschaftstechnik – ein Beitrag aus diskursanalytischer Perspektive.....</i>	<i>5</i>
<i>Referat Danuta Sacher: Globale Gerechtigkeit braucht Strukturanpassung im Norden....</i>	<i>10</i>
<i>AG 1: Staatliche Entwicklungszusammenarbeit als Türöffner für Privatwirtschaft - Beispiele aus Mittelamerika und Mexiko.....</i>	<i>12</i>
<i>AG 2: Geostrategische und biopolitische Dimensionen von Entwicklungspolitik.....</i>	<i>15</i>
<i>AG 3: Untersuchung des Entwicklungsdiskurses an konkreten Beispielen aus der nichtstaatlichen Entwicklungszusammenarbeit.....</i>	<i>18</i>
<i>Plenum: Diskussion zur Solidaritätsarbeit.....</i>	<i>22</i>
<i>Geschichte der Solidaritätsarbeit.....</i>	<i>23</i>
<i>Nicaragua Solidarität.....</i>	<i>24</i>
<i>Fazit der SeminarteilnehmerInnen.....</i>	<i>26</i>

Einführung: Entstehung der Seminaridee und Ziel des Seminars

Das Ökumenische Büro wurde vor 25 Jahren im Rahmen der Nicaragua Solidarität gegründet. Das was wir in den folgenden Jahren gemacht haben, ist in unserem Selbstverständnis immer Solidaritätsarbeit gewesen. Im Zentrum unserer Arbeit stand, und steht heute noch, die Organisation von Solidaritätsbrigaden zuerst nach Nicaragua später auch nach El Salvador. Ob in den 80er Jahren Brigaden die sandinistische Regierung Nicaraguas mit Schulbauprojekten beim Aufbau des Erziehungswesens unterstützt haben, oder ob im vergangenen Jahr eine Brigade in El Salvador der Organisation Oikos bei einem Erosionsschutzprojekt unterstützt hat, für uns war es immer Solidaritätsarbeit.

Aber gerade das Brigadenprojekt in El Salvador im Jahr 2007 war ein Anlass, uns intensiver mit der Frage zu beschäftigen: Was unterscheidet eigentlich unsere Arbeit von Entwicklungshilfe? Für das Erosionsschutzprojekt hatte Oikos über eine andere deutsche Organisation Mittel aus dem BMZ-Haushalt bekommen. Sie baten uns, sie bei der Restfinanzierung zu unterstützen. Nach längeren Diskussionen stimmten wir zu und beteiligten uns an dem Projekt, das eben auch Mittel aus der staatlichen deutschen Entwicklungshilfe bezog. Die Beschäftigung mit dem Thema Entwicklungspolitik begann damit, dass die Brigade sich in diesem Jahr neben ihrer praktischen Arbeit in El Salvador schwerpunktmäßig theoretisch mit dem Thema befasste.

Bei unseren Besuchen in Zentralamerika waren wir immer wieder Menschen begegnet, die das Engagement unserer Organisation als Entwicklungshilfe wahrnahmen. Bei einigen stellten wir auch fest, dass sie von der deutschen staatlichen Entwicklungspolitik eine recht positive Meinung hatten. Dabei wurden nicht allein die finanziellen Zuwendungen, und die Technik von Projekten geschätzt, sondern es gab auch politische Zustimmung in Kreisen, die man als links bezeichnen kann. Kurz und gut es gab dringenden Bedarf, sich mit dem Thema Entwicklungshilfe etwas intensiver zu beschäftigen. Anfang 2007 bildete sich im Ökumenische Büro ein Arbeitskreis zum Thema Entwicklungshilfe, der sich zuerst größtenteils mit sehr praktischen Themen beschäftigte. Wir sammelten z. B: Informationen zu den Projekten der deutschen staatlichen Entwicklungshilfe in unserem Interessensgebiet Zentralamerika, und versuchten die unterschiedlichsten politischen Ansätze im Bereich der nichtstaatlichen Entwicklungshilfe einzuordnen. In diesem Arbeitskreis hatten wir aber vor allem das Bedürfnis uns mit dem Begriff „Entwicklungshilfe“ und der Politik, die dieser Begriff transportiert, kritisch auseinander zu setzen. Dabei sind wir auf das Buch „Zwischen Global Governance und Post-Development, Entwicklungspolitik aus diskursanalytischer Perspektive“ von Aram Ziai gestoßen.

Die Thesen dieses Buches erweckten in uns den Wunsch, darüber in einem größeren Kreis zu diskutieren. So entstand mit der Zeit die Idee zu dem Seminar: „Entwicklungspolitik als Herrschaftstechnik?“

Was erhoffte sich das Ökumenische Büro nun von diesem Seminar?

Wie schon gesagt, hatten wir Lust darauf, unsere Kritik an der Politik der Entwicklungshilfe in einem größeren Kreis zu diskutieren. Unsere Hoffnung war dabei, aus der Kritik am Konzept „Entwicklungspolitik/-hilfe“ eine positive Idee für das Konzept der Solidaritätsarbeit zu entwickeln, an dem wir unsere praktische Arbeit messen können.

Entwicklungspolitik als Herrschaftstechnik – ein Beitrag aus diskursanalytischer Perspektive

Aram Ziai

(Textfassung der PowerPoint-Präsentation)

Gliederung:

1. Einstieg
2. Beispiele
3. Theorie
4. Gegenrede
5. Aktuelle Tendenzen

1. Einstieg

„Keine Menschenopfer für Entwicklung“ – Slogan der DemonstrantInnen gegen den Sardar Sarovar Staudamm vor der indischen Botschaft in Bonn 1999

„So you want our country to remain underdeveloped!“ – Antwort eines hochrangigen Mitarbeiters der indischen Botschaft

„In Entwicklungsländern ist es notwendig, Menschen hinzurichten, um Stabilität und die Entwicklung der Wirtschaft zu sichern“ – Vorsitzender der Chinesischen Forschungsgesellschaft für Menschenrechte beim deutsch-chinesischen Symposium in Peking

„Niemand will das Massaker auf dem Tian’an men Platz verteidigen, aber wenn das notwendig war, um die politische Desintegration des Landes zu verhindern und wir weiterhin zufrieden sind über die graduellen Fortschritte in der Reduzierung der Armut und in der politischen Öffnung Chinas, dann sollten wir weiter mit China zusammenarbeiten.“ – Mitarbeiter der Weltbank

„Versprechen auf Entwicklung“: Behauptung, dass die 3. Welt in wenigen Jahrzehnten den Lebensstandard der Industrienationen erreichen würde, als Anreiz zum Verbleib im kapitalistischen Weltsystem und zur Aufrechterhaltung der kolonialen internationalen Arbeitsteilung.

2. Beispiele

2.1 Guatemala: Flüchtlingshilfe und Aufstandbekämpfung

Modelldörfer/Entwicklungspole und Zivilpatrouillen zur Befriedung der Konfliktgebiete

Flüchtlinge: kollektive Rückkehr wird systematisch unterminiert, Spaltung der Bevölkerung (Landvergabe), Einzelfälle als PR-Objekte

- EG: Repatriierungshilfe, aber tatsächlich Unterstützung für militärische Aufstandsbekämpfung

2.2 Indien: Staudammprojekte und Massenvertreibungen

Entwicklungspolitik als Herrschaftstechnik?

Narmada Valley Development Project: allein für Sardar Sarovar (Gujarat) sind geschätzte 320.000 Menschen umgesiedelt bzw. vertrieben worden

Umwelt- und Umsiedlungspläne wurden nicht eingehalten, v.a. Adivasis (Ureinwohner) betroffen, die meisten landeten als Flüchtlinge in den Slums der Städte

Heftige Proteste brachten die Weltbank 1993 dazu, sich aus dem Projekt zurückzuziehen, der indische Staat machte weiter

2.3 Peru: Familienplanung und Zwangsterilisation

Nationales Programm für reproduktive Gesundheit und Familienplanung als Mittel zur Armutsbekämpfung

Sterilisationsfestivals und -quoten, Anreize und Druckmittel, Fälle von Operationen ohne Einwilligung der Betroffenen

US-AID, Weltbank und UNFPA als wichtige Geldgeber der peruanischen Bevölkerungspolitik, Frauen-NGOs als Partner

2.4 Mexiko: Biodiversität im Konfliktgebiet

Projekt zur sozial-integrativen und nachhaltigen Entwicklung in Chiapas

Ressourcenschonende Anbaumethoden, vermarktungsfähige Produkte, Tourismus, Erhalt der biologischen Vielfalt

EU und mexikanische Regierung als Hauptgeldgeber

Keine Partizipation, Konfliktsituation in der Region (zapatistische autonome Gemeinden) wird ignoriert (MR-Verletzungen, Vertreibungen unter dem Vorwand der Umweltzerstörung, Ignorieren indigener Forderungen), Spaltung der Bevölkerung, Ziel: sicherer Ressourcenzugang

2.5 Lesotho: Ländliche Entwicklung als Ausweitung bürokratischer Kontrolle

Thaba-Tseka integrated rural development project: Modernisierung in den Bereichen Infrastruktur, Landwirtschaft, Gesundheitspolitik, Verwaltung

Aneignung und Instrumentalisierung von Ressourcen durch die Regierungspartei BNP; Nebeneffekt des gescheiterten Entwicklungsprojekts: intensivierte bürokratische (und militärische) Kontrolle

Geldgeber: Weltbank und CIDA

3. Theorie

Entwicklungspolitik etabliert in diesen Fällen Herrschaftsverhältnisse:

1. zwischen Experten und Betroffenen
2. zugunsten von staatlichen Eliten im Süden
3. zugunsten von Konzernen im Norden

These: Bei den Beispielen handelt es sich nicht nur um zufällige Verknüpfungen von Entwicklungspolitik und Herrschaftsverhältnissen bzw. die Instrumentalisierung von eigentlich sinnvollen Projekten. Das Konzept der „Entwicklung“ legitimiert bereits Herrschaftsverhältnisse.

Entwicklungspolitik als Herrschaftstechnik?

Wodurch werden diese Herrschaftsverhältnisse in der Entwicklungspolitik legitimiert?

1. Durch die allgemeine Akzeptanz von „Entwicklung“ als normativ positiv aufgeladener Begriff. Er bezeichnet einen wünschenswerten gesellschaftlichen Zustand oder den Weg dorthin, der für jedeN EinzelneN vorteilhaft ist. Politische Maßnahmen wurden daher meist „im Namen der nationalen Entwicklung“ gerechtfertigt.
2. Dies erlaubt auch, negative Auswirkungen von Entwicklungsprojekten entweder nicht ernst zu nehmen – es handelte sich nicht wirklich um „Entwicklung“, „richtige Entwicklung“ ist gut für alle – oder in Kauf zu nehmen als ein notwendiger „Preis des Fortschritts“.
3. Durch seine Privilegierung von Expertenwissen. Dies ist universelles, ortsunabhängiges Wissen über diesen wünschenswerten Zustand und den Prozess seiner Erreichung, das „EntwicklungsexpertInnen“ zueigen ist. Es verleiht demnach autoritäre Entscheidungsgewalt über gesellschaftliche Veränderungen.
4. Durch seine Hierarchisierung von Kulturen und Lebensweisen. Das Konzept basiert auf der Annahme einer universellen „Entwicklungsbahn“ der Menschheit, auf der einige Gesellschaften weiter fortgeschritten sind. Kulturelle Unterschiede werden in der vergleichenden Methode verzeitlicht und die Herausbildung des modernen Industriekapitalismus verallgemeinert. Praktisch wird Herkunft aus dem Westen und weiße Hautfarbe oft mit Expertenwissen assoziiert.
5. Durch die Entpolitisierung von Armut als technisches Problem. Soziale Ungleichheit erscheint im traditionellen Entwicklungsdiskurs als Resultat einer historisch-gesellschaftlichen Rückständigkeit, die durch Modernisierung, Industrialisierung und Kapitalinvestition bzw. durch Interventionen auf der Basis von Expertenwissen aufhebbar ist – nicht als Resultat gesellschaftlicher Machtverhältnisse.
6. Durch die Konzeption, dass Investitionen und Technologien aus dem Norden unabdingbar für positiven sozialen Wandel im Süden sind, wird die Tätigkeit von profitorientierten Unternehmen tendenziell verklärt.

Entwicklungsdiskurs:

- Dualismus (entwickelte/weniger entwickelte)
- Evolutionismus (nicht- westliche Lebensweisen als rückständige Vorstufen)
- Sozialtechnologie (rationale Umstrukturierung der Gesellschaft)

Im Entwicklungsdiskurs dient das Eigene als Norm, anhand derer die Minderwertigkeit des Fremden objektiv nachgewiesen wird. Dies zeigt sich auch in der Messung von „Entwicklung“.

Wissen von der „Entwicklung“ ist Wissen von der Falschheit anderer Lebensweisen und ihrer notwendigen Veränderung, also diagnostisches und therapeutisches Wissen. Dieses Wissen wird meist im Norden verortet, die gesellschaftlichen Probleme im Süden.

4. Gegenrede

„Aber gibt es nicht einige/viele Entwicklungsprojekte, die den Menschen tatsächlich zu einem besseren Leben – auch gemessen an ihren eigenen Vorstellungen – verhelfen?“

Entwicklungspolitik als Herrschaftstechnik?

Beispiel:

Indien: Armutsbekämpfung und Ressourcenschutz

- Durchführung durch indische NRO
- Partizipation der Bevölkerung
- Verteilung von Kühen und Ziegen, Kompostierung von Abfällen, Produktionserhöhung durch besseres Saatgut, Produktionsdiversifizierung durch Anpflanzung von Gemüse, Obst- oder Teakbäumen, neues Gewerbe als Einkommensquelle

These: Auch ein „gutes“ Entwicklungsprojekt vermittelt den Betroffenen, dass ihre bisherige Lebensweise defizitär ist und der Umgestaltung durch wissende ExpertInnen in Form von „Hilfe zur Entwicklung“ bedarf. Es beinhaltet ein Machtverhältnis und konstituiert sie als Teil einer „rückständigen“ Kultur.

Disclaimer: Das heißt nicht, dass auch die „guten“ Projekte deswegen ausnahmslos abzulehnen sind.

5. Aktuelle Tendenzen

Transformation des Entwicklungsdiskurses seit den 1980er Jahren:

- Marktliberalisierung („staatliche Eingriffe behindern Entwicklung“)
- Aufgabe des Entwicklungsversprechens „Reichtum für Alle“ zugunsten von „Eindämmung der Armut“ (Millenium Development Goals“)
- Krisenprävention
- Good Governance
- Nachhaltige Entwicklung, Eine Welt-Diskurs (Armut als Bedrohung für den Norden)
- Global Governance
- Partizipation, Empowerment,
- Mainstreaming Gender
- Poverty Reduction Strategy Papers:
Erstellung von Armutsbekämpfungstrategien als Vorbedingung für Entschuldung bzw. günstige Kredite.
 - Budget- statt Projekthilfe, institutionalisierter Politikdialog zwischen Gebern und Nehmern.
 - Veränderung staatlicher Herrschaft im PRSP-Prozess:
 - Internationalisierung
 - Informalisierung
 - Gouvernentalisierung: Ideologie der Eigenverantwortlichkeit

Entwicklungspolitik als Herrschaftstechnik?



Literatur

Aram Ziai:

Zwischen Global Governance und Post-Development - Entwicklungspolitik aus diskursanalytischer Perspektive , 2006, Westphälisches Dampfboot
Globale Strukturpolitik?, 2007, Westphälisches Dampfboot

Globale Gerechtigkeit braucht Strukturanpassung im Norden

Danuta Sacher

Leiterin der Abteilung Politik und Kampagnen bei Brot für die Welt

Mitschrift vom Ökumenischen Büro

In den Mittelpunkt ihrer Ausführungen stellte Danuta Sacher die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“. Diese Studie wird im Augenblick vom Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie im Auftrag von BUND, EED und Brot für die Welt erarbeitet und soll im Herbst dieses Jahres erscheinen. In gewisser Weise ist dies eine Fortsetzung der Arbeit, die 1996 mit der Studie: „Zukunftsfähiges Deutschland“ begonnen wurde.

Danuta Sacher gab einen kurzen historischen Überblick über die Geschichte des Entwicklungsgedankens. Diese sieht sie als die Geschichte einer Reihe von gescheiterten Entwicklungsphasen. Mit dem Jahr 1989 kommt das Ende der großen Theorien, seit ungefähr 2000 muss allen klar sein, dass alle Entwicklungsversprechen der vergangenen 40 Jahre nicht funktioniert haben. Geblieben sind im Augenblick nur die Millenniumsziele, die Danuta Sacher als Minimalziele sieht, mit denen man politisch arbeiten kann.



- Auszüge aus der Studie:
Schon, dass es in der Studie um das Industrieland Deutschland geht, dessen Entwicklung untersucht wird, macht deutlich, dass es hier um ein anderes Entwicklungskonzept geht.

Entwicklungspolitik als Herrschaftstechnik?

Den Begriff „Entwicklung“ positiv neu füllen:

- im Sinne von Empowerment: Die eigene Fähigkeit stärken, Armut zu überwinden
 - Globalisierung: Spaltung in Arm und Reich vergrößert sich auch in den Ländern des Nordens → Der Entwicklungsbegriff muss auch im Norden anwendbar sein.
 - Angesichts des Klimawandels: Entwicklung als nachhaltiges Gesellschaftsmodell, Länder des Nordens haben auch hier Entwicklungsbedarf.
- → Notwendigkeit von staatlicher Intervention, Ablehnung des neoliberalen Modells, Ablehnung der Orientierung am Wachstum.
 - → Kontinuität in der Projektarbeit. Wie werden Projekte ausgewählt? Partnerorganisationen im Süden reichen Projektvorschläge ein.

Entwicklung muss immer zusammengedacht werden mit den Begriffen Gerechtigkeit und Ökologie. Die Probleme der Ökologie, wie Klimawandel, Endlichkeit der Ressourcen, machen deutlich, dass die Systemgrenzen erreicht sind. Der Klimawandel fordert einen Zivilisationswandel in der Einen Welt.

Diskussion und Kritik:

- Verkürzende Apelle, die die Themen Kapitalismus und Internationale Herrschaftsverhältnisse vermeiden.
- Hoffnung auf die Vernunft von Regierungen.
- Welche Maßnahmen von Brot für die Welt dienen der Erreichung der beschriebenen Ziele? Inwieweit lässt sich vor diesem Hintergrund die Öffentlichkeitsarbeit von Brot für die Welt erklären (Z.B. entpolitisierende Plakate, die suggerieren, dass durch Spenden an Brot für die Welt den Armen geholfen werde) – Antwort D.S.: Brot für die Welt mache Arbeit für eine heterogene Masse von Menschen, viele Spender wollten mit den Zusammenhängen nicht konfrontiert werden, die Bildungsmaterialien für z.B. Schulen gingen aber wesentlich tiefer.

Staatliche Entwicklungszusammenarbeit als Türöffner für Privatwirtschaft - Beispiele aus Mittelamerika und Mexiko

Bericht von der AG 1

Das Thema wurde an Hand der beiden Referate

- Biodiversitätsschutz (Ökumenisches Büro)
 - Wasserprivatisierung (Danuta Sacher)
- behandelt.

Biodiversitätsschutz

Den globalen politischen Rahmen bildet die Biodiversitätskonvention (Convention on Biological Diversity, CBD). Sie wurde 1992 in Rio verabschiedet.

Ziele und Problematiken erschließen sich sehr gut aus dem Artikel 1 der Konvention:

„Die Ziele dieses Übereinkommens, die in Übereinstimmung mit seinen maßgeblichen Bestimmungen verfolgt werden, sind die Erhaltung der biologischen Vielfalt, die nachhaltige Nutzung ihrer Bestandteile und die ausgewogene und gerechte Aufteilung der sich aus der Nutzung der genetischen Ressourcen ergebenden Vorteile, insbesondere durch angemessenen Zugang zu genetischen Ressourcen und angemessene Weitergabe der einschlägigen Technologien unter Berücksichtigung aller Rechte an diesen Ressourcen und Technologien sowie durch angemessene Finanzierung.

Die Ziele Erhaltung der biologischen Vielfalt und nachhaltige Nutzung ihrer Bestandteile sind relativ unstrittig. Sie sind die Basis für das deutsche Engagement beim Aufbau und Erhalt von Biosphärenreservaten. Beim dritten Ziel (Vorteilsausgleich und Zugang) gibt es natürlich erhebliche Differenzen zwischen den Ländern, auf deren Territorium sich eine große biologische Vielfalt findet, und den Ländern, die über Pharma- und Agroindustrie verfügen. Erstere denken eher an Vorteilsausgleich letztere an ungehinderten Zugang.

Im Mai fand dazu in Bonn die 9. Vertragsstaatenkonferenz der CBD 2008 statt. Gerade das dritte Ziel hat dort eine große Rolle gespielt. Zugang zu genetischen Ressourcen und gerechter Vorteilsausgleich ist der kritische Verhandlungspunkt, denn bis zum Jahr 2010 sollen dafür völkerrechtlich verbindliche Regeln entwickelt werden. Dass die USA, ein strikter Gegner der Konvention, diese unterzeichnet, aber nicht ratifiziert haben, macht das Vorhaben bestimmt nicht leichter.

Die deutsche staatliche Entwicklungshilfe (KfW, GTZ) zeigt einen bemerkenswerten Einsatz beim Biosphärenschutz in der artenreichen Region Mittelamerika.

Außer in Biosphärenreservaten in Nicaragua (Bosawas, das Programm läuft seit 1994 bis 2012), in Honduras (Río Platano) und im Süden Mexikos, ist die GTZ auch bei dem sogenannten Biologischen Korridor Mittelamerika beteiligt.

In all diesen Naturschutzgebieten gibt es die gleichen Probleme, das Vordringen der Landwirtschaftsgrenze, illegaler Holzeinschlag und (Land-)Konflikte zwischen ansässigen indigenen Gruppen und vordringenden Siedlern. Nirgends wird versucht, die Ursache der Probleme anzufassen: die rasant fortschreitende Umwandlung von Tropenwald in Weidefläche für die Exportlandwirtschaft (Fleisch). Letzteres wird durch die abgeschlossenen (CAFTA) oder gerade verhandelten (Assoziierungsabkommen EU Zentralamerika) Freihandelsverträge immer mehr gefördert. An vielen der genannten Orte ist es in den letzten Jahren zu Vertreibungen gekommen.

Entwicklungspolitik als Herrschaftstechnik?

Fazit: Naturschutz wird zu Lasten der Armen gemacht. Das starke Engagement der BRD in dieser Gegend mit ihrer reichen Biodiversität legt den Verdacht nahe, dass es ökonomischen Interessen dient. Wenn die Vertragsstaatenkonferenz der CBD in den nächsten Jahren einmal für die Länder des Nordens, den Sitz der Pharmakonzerne, einen sie zufrieden stellenden Vorteilsausgleich ausgehandelt haben wird, dann ist die GTZ in Mittelamerika vor Ort und hat den deutschen Unternehmen das Feld bereitet.



Wasserprivatisierung

Bis Anfang dieses Jahrzehnts trat die deutsche Regierung deutlich für Wasserprivatisierungen ein. Es wurde angenommen, dass durch Deregulierungen im Wassermarkt private Investitionen angelockt werden könnten, die Effizienz der Wasserversorgung und der Zugang zu ihr verbessert werden würde und so die Privatisierung der Wasserversorgung entwicklungspolitisch sinnvoll sei. Es fanden Foren mit der Wasserwirtschaft statt, um auf die Wünsche der deutschen Unternehmen besser eingehen und mögliche Investitionsschranken abbauen zu können, denn „die Bundesregierung ist an einer leistungsfähigen deutschen Wasserwirtschaft interessiert, die auch eine starke Rolle spielt auf dem Weltmarkt, der erheblich an Bedeutung gewinnt.“ (Uschi Eid 2001)

Die Partnerschaft mit dem Privatsektor sollte das fehlende Geld einbringen, die Synergieeffekte den öffentlichen Haushalt entlasten und die Entwicklungshilfe optimieren. Es wurde angenommen, dass ohne Hilfe der Wirtschaft die Ziele der Entwicklungshilfe, wie die MDGs oder im Wassersektor z.B. Armutsbekämpfung, nachhaltige Ressourcennutzung und Konfliktprävention, nicht erreicht werden können.

Die Bundesregierung förderte Private-Public-Partnerships (PPPs) und verlangte bei ihren Projekten häufig mit enormen Druck die Einbeziehung des Privatsektors.

Es wurde das „deutsche Modell“ promoviert, was sich durch eine autonome Unternehmensverfassung und Anbindung an kommunale EntscheidungsträgerInnen auszeichnet. So wird als Forderung meist Dezentralisierung und die Bildung von kommerziell operierenden autonomen Betrieben gefordert. Von einer Forderung nach völliger Privatisierung wird allerdings Abstand genommen.

Dies hat verschiedene Gründe: Aufgrund zu hoher Risiken in Entwicklungsländern und geringer Gewinnerwartung wird von den Unternehmen eine full-scale Privatisierung meist nicht mehr gewünscht. Große Wasserunternehmen wie Suez, Veolia, Saur und RWE zogen sich aus den Entwicklungsländern zurück. Eine staatliche Risikoabsicherung und Teilung der Verantwortung durch die PPPs ist besonders für deutsche Unternehmen wertvoll. Können sie auf großer Ebene nicht mit französischen und englischen Unternehmen mithalten so sind

Entwicklungspolitik als Herrschaftstechnik?

sie doch im Bereich von Management and Consulting sehr konkurrenzfähig, haben schon Erfahrung in dezentraler Wasserbewirtschaftung und profitieren so stark von Teilprivatisierungen, die die Regierung durchsetzte.

Spätestens nach der durchaus selbstkritischen Evaluation der Weltbank und ihrer Privatisierungsprogramme 2004 und vielen negativen Erfahrungen hat sich die Rhetorik allerdings auch auf deutscher Seite geändert. In Sektorkonzepten und Stellungnahmen des BMZ oder der KfW ist nunmehr selten explizit von Privatisierung die Rede. Vielmehr von undogmatischen Einzelentscheidungen, die den Fokus auf einen besseren Zugang für die arme Bevölkerung legen. Die Wasserversorgung soll dezentral und kostendeckend arbeiten. Inwiefern eine kostendeckende Wasserversorgung, die keine staatlichen Subventionen erhält und wohl bei dezentraler Betreuung nur eine sehr eingeschränkte Möglichkeit von Quersubventionierung hat, wirklich armutsorientiert sein kann, bleibt ungewiss.

Durch die erfolgte Sensibilisierung der Bevölkerung scheint die deutsche Entwicklungshilfe nicht mehr so vehement Privatisierungen vorantreiben zu können. Die

Privatisierungsdynamik im Wassersektor scheint fürs erste zumindestens gebremst.

Ausgebremst ist sie aber sicherlich noch nicht. So schreibt die KfW immer noch auf ihrer Homepage: „Vielfach ebnet die KfW Entwicklungsbank den Weg zur Privatisierung und deren positive Effekte“ und so ist es notwendig wachsam zu bleiben und außerdem die Rekommunalisierungen der privatisierten Wasserversorgung weiter zu forcieren.

Geostrategische und biopolitische Dimensionen von Entwicklungspolitik

Bericht von der AG 2

Referentin: Susanne Schultz

Internationale Entwicklungshilfe konstituierte sich nach dem 2. Weltkrieg nicht nur in engem Zusammenhang mit weltwirtschaftlichen, sondern auch mit militärisch-geostrategischen und bevölkerungspolitischen Rationalitäten und Interessen.

In diesem Workshop wollten wir einerseits der Geschichte „zivil-militärischer Kooperation“, also der Einbindung von Entwicklungspolitik in Strategien der Militarisierung und Aufstandsbekämpfung nachgehen, andererseits der Geschichte der Einbindung von Entwicklungspolitik in neomalthusianische Strategien zur Begrenzung des Bevölkerungswachstums.

Konkrete historische Beispiele sind die Integration entwicklungspolitischer Programme in die Aufstandsbekämpfung in Guatemala, andererseits das Bevölkerungsprogramm unter Präsident Fujimori Ende der 1990er Jahre in Peru. Über die historische Rekonstruktion dieser Dimensionen von Entwicklungspolitik im Kontext von Counterinsurgency und Population Policies diskutierten wir aktuelle Kontinuitäten und Veränderungen dieser Dimensionen von Entwicklungspolitik anhand weiterer Beispiele.

Ziel der AG II war, zwei Themen genauer unter die Lupe zu nehmen:

1. Entwicklungspolitik und zivilmilitärische Kooperation
2. Entwicklungspolitik im Zuge der Bevölkerungspolitik

Dies geschah anhand von historischen Beispielen.

Zu 1. Counterinsurgency und Entwicklungspolitik in Guatemala

Beispiel: Wie waren Food for Work Projekte (hauptsächlich WFP der UN, aber auch GtZ-Projekte) in die Aufstandsbekämpfungs- und Wiederansiedlungspolitik der Militärregierungen integriert?

- Einrichtung von paramilitärischer Verwaltung
- Modelldörfer
- Food for Work
- Zerstörung der soz. Netzwerke durch militärische Eingriffe
- Kontrollaspekt, Trennung Aufständische und Zivilbevölkerung
- Die Arbeit des Militärs bestand oft in sinnentleerten Infrastrukturreformen
- Misstrauen durch nicht eingehaltene Entwicklungsversprechen

Wir fragten uns, ob es auch aktuelle Beispiele aus andern Ländern dafür gibt und erarbeiteten folgende Stichpunkte:

- Beispiele Heute: Afghanistan, Tschad, Kosovo
- Protektorat (Kosovo)
- Übernahme ziviler Aufgaben durch das Militär
- Kooperation zw. NGO's und Militär (Finanzen, Sicherheitspolitik, Polizeiausbildung)

Entwicklungspolitik als Herrschaftstechnik?

- UNHCR-Lager (zur Kontrolle)
- „Afghanistan-GmbH“
- Legitimation durch humanitäre Hilfe und Menschenrechtsschutz



Zu 2. Bevölkerungspolitik und Frauengesundheitsbewegungen

Bei diesem Themenkomplex ging es darum, wie sich das internationale bevölkerungspolitische Projekt im Sinne reproduktiver Rechte und Gesundheit reformierte und um die Frage, wie diese Entwicklungen aus einer antirassistischen und feministischen staatskritischen Perspektive einzuschätzen sind.

Beispiel: Das Sterilisationsprogramm unter Fujimori in Peru und die Politik der lateinamerikanischen Frauengesundheitsnetzwerke.

In der AG II erarbeiteten wir dazu folgende Stichpunkte:

- Bevölkerungspolitik im Rahmen von Entwicklungspolitik als Herrschaftspolitik
- Rassismus-Klassismus-Sexismus als konstituierende Merkmale
- Internationalisiertes Feld (Thema des Global Governments)
- Kairo (1994) als Paradigmenwechsel und Befriedung
- Staatlicher Eingriff auf Körper
- „Katholische Hetze“ gegen Verhütung vs. Staatliches Programm der Geburtenkontrolle

Als Ergebnis der AG II könnte man festhalten, dass es sich lohnt, genau hinzuschauen, wenn es um die Beurteilung von entwicklungspolitischen Projekten geht:

- Wer sind die Geldgeber der sog. Entwicklungsmaßnahmen
- Wer sind die ausführenden Akteure, was gibt es für Kooperationen und warum (Stichwort: zunehmende Verschmelzung von Entwicklungspolitik und Sicherheitspolitik)

Entwicklungspolitik als Herrschaftstechnik?

- Führt das Projekt de facto zur Verbesserung der Lage der betroffenen Bevölkerung, was verändert sich durch das Projekt für die Bevölkerung...

Untersuchung des Entwicklungsdiskurses an konkreten Beispielen aus der nichtstaatlichen Entwicklungszusammenarbeit

Bericht von der AG 3

Referent: Aram Ziai

Idee: Die Thesen aus Aram Ziais Eingangsreferat sollten an konkreten Beispielen aus der Praxis verschiedener Organisationen der Entwicklungshilfe nachvollzogen werden. Neben vorbereiteten Präsentationen der Organisationen UNICEF, YA BASTA, Ökumenisches Büro und medico international waren die TeilnehmerInnen eingeladen, Beispiele aus eigener Erfahrung einzubringen.

Ablauf

I.

Kurzer Film zum 60jährigen Jubiläum der Organisation UNICEF (=Selbstdarstellung) der die Themen Schulbildung, Katastrophenhilfe und AIDS behandelte.

Was fiel auf?

- Stimme permanent aus dem Off, Ausnahme: Redner bei Preisverleihung. AdressatInnen der Hilfe werden überwiegend gezeigt, ohne zu Wort zu kommen.
- Politische Kontexte werden ignoriert, eigenes Selbstverständnis „politisch neutral“, Ursachen der jeweiligen Notlagen, ob Katastrophen, Kriege oder politische Verhältnisse, sind für die Arbeit von UNICEF unerheblich.

Kritik/Diskussion:

- Ist der Aufbau von Schulen in Afrika nicht positiv zu bewerten?
- Ja, aber: die Übernahme von Staatsaufgaben entlässt die eigene Regierung aus der Verantwortung; von UNICEF betriebene Schulkonzepte orientieren sich am Bildungsverständnis des Nordens (Schulbücher, Methoden etc.), wodurch das Eigene als defizitär und die Realität des Nordens als Norm erlebt wird.
- Katastrophenhilfe: Negativer Aspekt: Hilfslieferungen ruinieren die lokale Landwirtschaftsproduktion, da die Lebensmittelspenden für die Bevölkerung gratis sind.
- Zugang zum Nord-Wissen müsste den Menschen im Süden ermöglicht werden, statt dass „ExpertInnen“ aus dem Norden Konzepte für den Süden machen, die sich an den Interessen des Nordens orientieren.
- Die „Logik des geregelten Mittelabflusses“ ist dem Konzept der NGO-Hilfe genauso eigen wie das häufige Scheitern der Projekte selbst an den eigenen Zielvorgaben.
- Typisch für NGO-Ansatz ist das „Livelihood-Konzept“, das auf das verbesserte Nutzen der lokalen Begebenheiten setzt, aber die Möglichkeit politischer Veränderung ausschließt.
- Der im Selbstverständnis der NGOs verbreitete Anspruch auf Partizipation der AdressatInnen wird bei der Durchführung der Projekte meist umgangen.

Bei allen Punkten ergibt sich die Feststellung, dass die genannten Mängel im Ergebnis den Herrschaftsinteressen des Nordens dienen. -> Ist dieser Effekt strategisch so beabsichtigt oder eine Folge der Ignoranz der Durchführenden? (Beispielsweise betreibt UNICEF ein eigenes Institut zur Ursachenforschung, auf dessen Studien aber in der Praxis kaum zugegriffen wird.)

II.

Entwicklungspolitik als Herrschaftstechnik?

Begriffsklärungen, die von der Gruppe zum Thema gewünscht wurden.

1. Welt-Einteilung

Ergebnis: Keine der gebräuchlichen Gegensatzpaare:

Metropole Peripherie

1.Welt 3. Welt

Norden Süden

OECD Trikont

ist uneingeschränkt gültig und bedenkenlos anwendbar.

2. Solidaritätsarbeit

Was macht Solidaritätsarbeit aus?

- Antrieb ist nicht barmherzige Hilfe, sondern die Suche nach Befreiung.
- Gemeinsamkeit der Situation, in der sich die (weltweit) Solidarischen befinden (?).
- Gemeinsamkeit der Zielvorstellungen, an deren Verwirklichung sie arbeiten.
- Gegenseitiger Austausch, beidseitige Möglichkeit, zu lernen, zu kritisieren, zu unterstützen.

Beispiele:

- Subcomandante Marcos spendet sein Interview-Honorar an streikende ArbeiterInnen in Turin
- Salvadorianische und nicaraguanische Menschenrechtsorganisationen schreiben Protestbriefe gegen das Demonstrationsverbot bei der Sicherheitskonferenz 2003 in München

Fallstricke:

- Vieles, was sich hierzulande als Solidaritätsarbeit ausgibt, ist doch nur Etikettenschwindel, weil im Mittelpunkt für beide Seiten der Geldtransfer von Nord nach Süd steht.
- Machtgefälle Nord-Süd muss klar benannt werden: Wir haben als Privilegierte die besseren Möglichkeiten, überhaupt über die Sicherung unseres eigenen Überlebens hinaus mit anderen solidarisch zu sein. Darüber hinaus können wir entscheiden, *mit wem* wir solidarisch sein wollen und so quasi in anderen Gesellschaften Einfluss auf die politische Entwicklung nehmen.

3. Menschenrechte

In wie weit kann der Bezug auf „die“ Menschenrechte als Bezugspunkt für eine politische Solidaritätsarbeit dienen?

Die Frage wurde nur andiskutiert:

- Kritik an der Menschenrechtscharta (Erbe der Französischen Revolution) als eurozentristische, universalistische Konzeption:
 - Konsequenz: Neue Charta schreiben?
 - Um den Herrschaftsaspekt der europäischen Menschenrechtscharta auszuschließen, müssten alle Gesellschaften aushandeln, auf welche Menschenrechte sie sich einigen. Wie ist dies in einer globalisierten Welt zu realisieren? Welche Rechte sollen weltweit Gültigkeit besitzen?
 - Konsequenz: Kontinentale MR-Konventionen, die die lokalen kulturellen Bezüge besser berücksichtigen?
- Kritik am entpolitizierenden Charakter der Menschenrechtscharta:
 - Konsequenz: Erweiterung der Menschenrechte um wirtschaftliche, soziale, kulturelle und Umweltrechte (WSKU).

Entwicklungspolitik als Herrschaftstechnik?

- Konsequenz: Forderung nach Globalen Sozialen Rechten (z.B. attac).
- Konsequenz: Forderung nach Ernährungssouveränität (z.B. Via Campesina).
- Beispiel: Mitglieder von amnesty international, die deren „politisch neutralen“ Standpunkt kritisierten, traten aus und gründeten FIAN, eine NGO, die für das Recht auf Ernährungssicherheit eintritt und politische Zusammenhänge wie die Exportorientierung der Landwirtschaft in den Ländern des Südens thematisiert.

III.

Beispiele aus der Runde

Beispiel von Joschka:

Japanische, christlich geprägte NGO, finanziert mit US-Geld, lädt lokale MultiplikatorInnen aus dem ländlichen Raum in bspw. Haiti, Sierra Leone nach Japan zu einer Art internationalem Studiengang ein. Alle wohnen gemeinsam auf dem Campus. Inhalte der Ausbildung sind Agronomie-Ausbildung, Mikrofinanz-Kreditsystem, Community-Building. Gesprochen wird Englisch.

Reflektion:

Positiv wird bewertet, dass die Organisation nicht selbst Projekte für den Süden entwirft.

Die TeilnehmerInnen können selbst entscheiden, wieviel und was sie von der Kultur und den Lerninhalten mitnehmen und anwenden wollen.

Eher negativ: Bereits privilegierte Personen erhalten durch die Einladung noch einen bedeutenden Status-Zuwachs.

Ausgeblendet wird der politische Kontext. Diagnose und Therapie zur Bekämpfung von Armut werden durch die NGO gestellt, die die Lerninhalte festlegt. Die Therapie beschränkt sich auf die Nutzung der Möglichkeiten unter den gegebenen Bedingungen. Das zugrunde liegende Herrschaftsverhältnis und die eigenen Interessen an dessen Erhaltung bleiben außen vor.

Beispiel von Karsten:

Basis-NGO in Nordafrika, finanziert von Brot für die Welt und anderen kirchlichen Gebern. Betätigt sich im Brunnenbau und in der Förderung der Landwirtschaft.

...Beispiel wurde nicht eingehender besprochen.



IV.

Beispiele für Organisationen mit einem Selbstverständnis von Solidaritätsarbeit

Entwicklungspolitik als Herrschaftstechnik?

1. YA BASTA-Netzwerk

Bundesweiter Zusammenschluss von Gruppen und Einzelpersonen in Solidarität mit dem zapatistischen Aufstand in Chiapas/Mexiko

- kein eigener Haushalt, kein Büro, keine Projekte in Chiapas, finanziert von Spenden der Mitglieder.
- Netzwerk von Gruppen, die an unterschiedlichen Themen mit unterschiedlichen Praxen arbeiten können.
- betreibt Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Zapatismus in Chiapas und hierzulande.
- Politik als Prozess von unten, Bezug auf Staat wird abgelehnt.
- Begriffe Autonomie, Würde, Solidarität als Handlungsmaxime auch für das eigene Leben.
- Selbstverständnis, Teil einer weltweiten Widerstandsbewegung zu sein, die auch die ZapatistInnen in Chiapas und viele andere umfasst.
- Bezug auch auf die Geschichte linken Widerstandes bei uns.

2. Ökumenisches Büro

Münchener Verein für Solidaritätsarbeit mit sozialen Bewegungen in Mittelamerika und Mexiko

- Gegründet zur Organisation von Solidaritätsbrigaden in das sandinistische Nicaragua 1983
- finanziert durch Spenden, Mitgliedsbeiträge und Förderung von kirchlichen, staatlichen und parteipolitischen Institutionen.
- Bildungs-, Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit zu Nord-Süd-Themen in München und bundesweit, mit dem Ziel, sozialen Bewegungen aus den Schwerpunktländern hierzulande „eine Stimme zu geben“. Betonung des Zusammenhangs zwischen Dort und Hier über politische und wirtschaftliche Machtverhältnisse.
- Menschenrechtsarbeit zur Unterstützung sozialer Bewegungen in Mittelamerika und Mexiko.
- Projektarbeit im Rahmen von Solidaritätsbrigaden nach El Salvador und Nicaragua zur Förderung von Selbstorganisation und politischer Bildung in ländlichen Gebieten.

3. medico international

Deutsche Hilfs- und Solidaritätsorganisation im medizinischen Bereich mit Sitz in Frankfurt

- finanziert durch Spenden und Mittel vom BMZ.
- finanziert weltweit zahlreiche Projekte, die von ortsansässigen Partnerorganisationen geplant und durchgeführt werden.
- betreibt Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland im Kontext der geförderten Projekte, z.B. Kampagnen gegen Produktion von Landminen.
- „kontextorientierte Hilfe“, die mit den Partnerorganisationen gemeinsame politische Ziele („Verwirklichung des Rechts auf Gesundheit“, Demokratie, soziale Gerechtigkeit) zum Ausgangspunkt hat und sich daher nicht nur auf die Durchführung von konkreten Projekten, sondern auch auf die Veränderung der Umstände richtet.

An diesen drei Beispielen wurde das Spektrum der Praxen von internationaler Solidaritätsarbeit veranschaulicht.

Plenum: Diskussion zur Solidaritätsarbeit

Als Konsequenz aus der Kritik an der Entwicklungszusammenarbeit ergibt sich die Frage, ob und wie sich diese sinnvoll reformieren ließe. Daneben besteht die Möglichkeit, sich auf die Tradition einer internationalistischen Solidaritätsarbeit zu beziehen.

Hierzu hörten wir die folgenden Beiträge:

- Geschichte der Solidaritätsarbeit (S. 22)
- Nicaragua-Solidarität (S. 23)

Im Anschluss an die Referate wurde anhand einer Gegenüberstellung von politischer Solidarität und Entwicklungshilfe diskutiert, inwieweit die Solidaritätsarbeit wirklich einen essentiellen Unterschied zur Entwicklungshilfe darstellt oder ob sie nicht in den gleichen Strukturen gefangen ist und im Endeffekt ähnliche Arbeit macht.

Folgende Tendenzen wurden benannt:

politisch motivierte Solidarität	Entwicklungshilfe
bekämpft Ursache	bekämpft Symptome bzw. stabilisiert für Armut und Ungerechtigkeit ursächliche Strukturen
eigentliche Arbeit findet „daheim“ statt	Export von Finanzen und know-how
Herstellung von Gegenöffentlichkeit	häufig unpolitische Information über Armut
Projektarbeit	Projektarbeit

Auch im Rahmen der Solidaritätsarbeit bewegt man sich nicht automatisch außerhalb von Herrschaftsverhältnissen. Susanne Schultz erwähnte in diesem Zusammenhang einige „Dilemmata politischer Geberinstitutionen“:

- Bei einer Nord-Süd-Solidaritätsarbeit ist es kaum möglich und auch wenig sinnvoll, den Transfer von Geld ganz zu vermeiden, ist dies doch eine Ressource, auf die wir grundsätzlich leichter zugreifen können als unsere PartnerInnen. Wie aber soll Geld vergeben werden? Wenn Nord-Organisationen selber entscheiden, wer wie viel Geld wofür bekommt, üben sie eine starke Kontrolle auf das aus, was die PartnerInnen tun. Alternativ müsste man Geld willkürlich austeilen, mit der hohen Wahrscheinlichkeit, dass dann Dinge damit gemacht werden, mit denen man sich nicht solidarisch erklären könnte. Die Organisationen im Süden orientieren sich in der Folge an der Antragskonjunktur im Norden (z.B. Frauenförderung, Ownership, Partizipation)
- Spendenkonjunktur: Nord-NGOs, die für ihr eigenes Bestehen auf Spenden angewiesen sind, sind dadurch abhängig von der Spendenkonjunktur in ihren Ländern. Wofür gespendet wird, das muss auch als Projekt durchgeführt werden. Politisch sinnvolle Arbeit wird unmöglich, wenn sie von „antizyklischen Spenden“ abhängt. Generell ist für „zupackende“, konkret greifbare und einfache Lösungen ein höheres Spendenaufkommen zu erwarten als bspw. für Öffentlichkeitsarbeit hierzulande.
- Geregelter Mittelabfluss: Geld, das zweckgebunden gespendet wurde, muss auch fristgerecht ausgegeben werden, das zwingt zu einer Praxis, die die Maßnahmen stärker auf die internen Notwendigkeiten der NGO zuschneidet als auf die vor Ort gegebenen.
- Wo Geld ist, ist Macht. Viele Organisationen mit starkem politischem Anspruch versuchen dies zu vermeiden, indem sie sich statt auf Mitteltransfer und Projekte auf Öffentlichkeits- und Menschenrechtsarbeit hier konzentrieren und den Kontakt zu den PartnerInnen zum Zweck des Informationsaustauschs halten.

Entwicklungspolitik als Herrschaftstechnik?

Geschichte der Solidaritätsarbeit

Inputreferat vom Ökumenischen Büro

Als ein Anfangspunkt der internationalen Solidaritätsarbeit kann der Ausspruch „Proletarier aller Länder vereinigt euch“ in Marx und Engels Kommunistischem Manifest angesehen werden. Das Kampfprinzip Klassensolidarität fand in der Bildung der I. Internationalen 1864 seinen praktischen Ausdruck.

Das Erkennen der gemeinsamen (Zwangs-)Lage führte zu Austausch und Zusammenarbeit revolutionärer Kräfte über Grenzen hinweg.

Auch wenn es schon früh Richtungsstreitigkeiten und Spaltungen bis hin zu offenen Feindschaften untereinander gab, verband der Glaube an den gemeinsamen Kampf und an die Notwendigkeit von weltweiter Befreiung die revolutionären Kräfte gegen Kaiser bzw. Zar und später gegen den Faschismus.

So unterstützten Internationale Brigaden mit der Waffe in der Hand die soziale Revolution in Spanien 1936 und den republikanischen Kampf gegen den Faschismus.

In den 1950er/60er Jahren äußerte sich die internationale Solidarität vor allem in Unterstützung der Befreiungskämpfe in (ehemaligen) Kolonialgebieten wie z.B. Algerien.

Im Anschluss an die APO/ Student_innenbewegung bildete sich in den 1970er Jahren aus antiimperialistischen Zusammenhängen 3. Welt/Eine Welt Gruppen. Lose assoziiert organisieren sie sich in der BRD seit 1977 in der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO).

Im Zentrum der Arbeit stand der Nord-Süd Konflikt und die Kritik einer ungerechten Weltwirtschaftsordnung. Die Bewegung war jedoch keinesfalls homogen wie z.B. die Einstellung zur Entwicklungshilfe zeigt: Kämpften einige Gruppen für eine pauschale Erhöhung, kritisierten andere vor allem die Prioritätensetzung und die Struktur der Entwicklungshilfe, andere Organisationen wie der SDS lehnten sie komplett ab, da sie als ein Mittel zur Stabilisierung und Festigung der Unterdrückungsverhältnisse angesehen wurde. Die unterschiedliche Radikalität der Kritik lässt sich nicht nur zwischen den Gruppen ausmachen, sondern auch in dem Prozess der Politisierung, den viele Gruppen durchmachten, wie beispielhaft der Freiburger Zusammenhang, der heute mit der IZ3W assoziiert wird:

Mit einem christlich-humanitären Ansatz stand zuerst die Forderung nach einer Erhöhung der Entwicklungshilfe im Vordergrund, danach die Verbesserung ihrer Instrumentarien. Es wurde eine Stabilisierung der Rohstoffpreise und Gewährung einseitiger Exportpräferenzen für Entwicklungsländer verlangt. Den geringen Erfolg ihres Engagements führten sie auf eine zu geringe Lobby zurück. Mit einer stetigen Politisierung der Gruppe wurde aber auch die Entwicklungshilfe generell kritisiert und der Fokus auf heimische Verhältnisse gerichtet. Das Verständnis wuchs, Teil der bundesdeutschen Linken zu sein. Bewusstseins- und Informationsarbeit in der BRD und Solidarität mit den Befreiungsbewegungen ersetzte das Konzept „Lobby für die 3. Welt“.

Die bundesdeutsche Bewegung setzte sich verstärkt mit der Rolle der USA, von Geheimdiensten und den Verstrickungen von Konzernen in den Diktaturen (Lateinamerikas) auseinander.

Die Solidarität mit Allendes Chile und später mit den revolutionären Projekten/Kräften in Argentinien, Südafrika, Nicaragua und El Salvador bildete den Schwerpunkt der internationalen Solidaritätsarbeit in der BRD der 1970er/80er Jahre.

Herausragend war die Nicaragua Solidarität. Zu dieser breiten und heterogenen Bewegung, die zeitweise aus bis zu 400 Gruppen bestand, sei auf den folgenden Beitrag verwiesen.

Entwicklungspolitik als Herrschaftstechnik?

In den 1990er Jahren war nur noch ein Bruchteil in der internationalen Solidaritätsbewegung aktiv, da in Nicaragua und El Salvador die Hoffnungen auf ein erfolgreiches revolutionäres Projekt vergangen waren. Aber schon vorher verkümmerte die politische Solidarität immer mehr und die Bewegung professionalisierte sich in der Verwaltung von Solidaritätsprojekten.

Mit der herrschaftskritischen und globalisierungskritischen Bewegung der Zapatistas in Mexiko und ihrem Aufstand 1994 bildete sich ein neuer Bezugspunkt für internationale Solidaritätsarbeit.

Die positive Bezugnahme auf bestimmte Projekte und Organisationen wird natürlich von der eigenen Zielsetzung bestimmt. Waren in El Salvador verstärkt christliche Gruppen aktiv, so ist die Solidarität mit den Zapatistas vor allem von herrschaftskritischen Zusammenhängen geprägt.

Kontrovers wurden in den letzten Jahrzehnten vor allem die Gewaltfrage in der Solidaritätsbewegung diskutiert und die Unterstützung nationalistischer Gruppen.

Quellen:

Balsen, Werner; Rössel, Karl (1986): Hoch die Internationale Solidarität Zur Geschichte der Dritte Welt-Bewegung in der Bundesrepublik, Kölner Volksblatt

Nicaragua Solidarität

Inputreferat vom Ökumenischen Büro

Wenn man sich Gedanken zur Solidaritätsarbeit macht, ist ein kurzer Blick auf die Geschichte der Nicaragua-Solidarität bestimmt hilfreich. Sie zeichnet sich durch zweierlei aus: Durch ihre relative Stärke in den 80er Jahren und dadurch, dass sie in der komfortablen Lage war, eine siegreiche Revolution unterstützen zu können. Um das Jahr 1985 herum gab es sicherlich mehrere hundert Gruppen allein in Deutschland, die sich selbst zur Nicaragua-Solidarität zählten. Zu den jährlichen Bundestreffen kamen 300 bis 500 Teilnehmer. Über 15 000 Menschen reisten in den 80er Jahren nach Nicaragua um die sandinistische Revolution zu unterstützen.

Viele derjenigen, die damals nach Nicaragua reisten, taten dies als BrigadistInnen, zum Einsatz in der Kaffeeernte, zu Bauprojekten oder, mit entsprechenden Fachkenntnissen, in Medizinbrigaden. Man leistete materielle Solidarität mit Geld und der eigenen Arbeitskraft. Einiges von den damaligen Aktivitäten hat sich bis heute erhalten. Z. B. schickt das Ökumenische Büro immer noch Brigaden nach Nicaragua. Dies sind aber nicht mehr 50 bis 80 Menschen pro Jahr, wie Mitte der 80er Jahre, sondern alle zwei Jahre etwa zehn TeilnehmerInnen. Außerdem gibt es in der Bundesrepublik noch fast 30 Städtepartnerschaften, von denen viele aus der damaligen Zeit stammen.

Wie gesagt: Man leistete materielle Solidarität. Damit stellte sich automatisch die Frage, wo denn die Unterschiede zur Entwicklungshilfe lagen. Besonders intensiv hat sich diese Frage Rosemarie Karges in ihrem Buch: „Solidarität oder Entwicklungshilfe?“ gestellt (erschienen im Waxmann Verlag, 1995).

Das Selbstverständnis der Nicaragua-Solidaritätsbewegung war es, politische Solidarität zu leisten. Damit grenzte man sich bewusst von karitativer, humanitärer oder professioneller Unterstützung ab. Denn anders als die zuletzt genannten Aktivitäten beansprucht politische Solidarität, die Ursachen und nicht die Symptome zu bekämpfen. Konsequenterweise wurde innerhalb der Nicaragua-Solidarität und in der Vorbereitung der Brigaden immer wieder betont, dass die eigentliche Arbeit in der BRD, in der Ersten Welt stattzufinden habe. Es sollten ja die Ursachen bekämpft werden. Dies war aber gar nicht so einfach. Damit sollen die vielen politischen Aktionen, Kongresse und Demonstrationen, häufig mit mehreren Tausend Teilnehmern nicht klein geredet werden. Aber für die Einzelnen war es doch attraktiver, in Nicaragua eine Schule zu bauen und sie mit den Kindern einzuweihen, denen

Entwicklungspolitik als Herrschaftstechnik?

man eine wichtige Voraussetzung geschaffen hatte, dass sie in ihrem Leben Lesen und Schreiben lernen würden. Unternehmungen wie solch ein Schulbau erfordern eine ganze Menge Engagement. So ergab es sich, dass mit den Jahren, in denen die politische Situation Nicaraguas immer schwieriger wurde und die Erfolge politischer Aktionen in der BRD unklar blieben, die Projektarbeit für die Nicaragua-Solidaritätsbewegung immer wichtiger wurde. Diese sollte aber unter dem Dach der politischen Solidarität stattfinden. Im Dialog mit den Begünstigten und auf der Grundlage einer gleichberechtigten Beziehung.

Rosemarie Karges hat eine ganze Reihe dieser Projekte hinsichtlich dieser Ziele untersucht. Dabei interessierte sie vor allem, wie die BrigadistInnen von den NicaraguanerInnen wahrgenommen wurden.

Sie kam zu dem Ergebnis, dass die Ziele der BrigadistInnen nicht verstanden wurden. Sie wurden von den NicaraguanerInnen wegen ihrer uneigennütigen Hilfe geschätzt und nicht wegen ihrer politischen Solidarität. Als gleichberechtigt haben sie sich nicht empfunden, denn die Projektarbeit reproduziert die Ungleichheit zwischen Gebenden und Nehmenden. Rosemarie Karges konnte an den Projekten der Nicaragua-Solidarität keinen fundamentalen Unterschied zu Projekten der üblichen nichtstaatlichen Entwicklungshilfe feststellen.

Die Brigadearbeit des Ökumenischen Büros bemüht sich seither, die Ungleichheit in den Beziehungen zu den Partnerorganisationen mitzudenken und trotz der strukturellen Unterschiede einen Raum für Austausch auf Augenhöhe zu öffnen.

Entwicklungspolitik als Herrschaftstechnik?

Fazit der SeminarteilnehmerInnen

In der Schlussdiskussion am Sonntagvormittag zeigte sich, dass das Referat von Aram Ziai bei den SeminarteilnehmerInnen einen tiefen Eindruck hinterlassen hatte. Niemand widersprach den zentralen Thesen:

- Entwicklungspolitik zementiert die existierenden Herrschaftsverhältnisse denn
- das Konzept der Entwicklung legitimiert bereits Herrschaftsverhältnisse

Wie ein Leitmotiv hatte sich das Wort „Bauchschmerzen“ durch die Diskussionen des Seminars gezogen. Viele hatten schon zu Beginn bekundet, dass ihnen die Idee der Entwicklung und die Folgerungen daraus - Entwicklungspolitik oder Entwicklungszusammenarbeit – Bauchschmerzen bereiteten. Die verschiedenen Aspekte dieser Bauchschmerzen prägten auch die Schlussdiskussion.

Ausgehend von der Überzeugung, dass gerade aufgrund der Ungleichverteilung des weltweiten Reichtums ein Transfer von Nord nach Süd notwendig sei, entstand die Forderung nach einem neuen Begriff für „Entwicklung“, der die im Seminar erarbeitete Kritik am Entwicklungs-Konzept berücksichtigt.

Eine andere Position bestand in der Ablehnung des Entwicklungsdiskurses als Bezugspunkt und einem eindeutigen Bezug auf die Solidaritätsarbeit:

- Wenn Entwicklungshilfe die im Seminar geäußerte Kritik umsetzen würde, müsste sie sich selbst abschaffen
- Solidarität mit emanzipatorischen Projekten und Bewegungen weltweit

Der Position, dass bei den Anstrengungen gegen die weltweite Ungerechtigkeit der Streit um Begriffe zweitrangig sei, wurde entgegengehalten, dass gerade die Verwendung von Begriffen entscheidend sei für den Aufbau von Herrschaftsdiskursen wie dem Entwicklungsdiskurs und daher eine politische Notwendigkeit bestehe, die Begriffe *und* die Herrschaftsverhältnisse zu verändern.

Es kam zu einer Grundsatzdiskussion über Theorie und Praxis, in der es zu keinem Konsens kam, wie die folgenden Thesen zeigen:

- Pragmatismus vor ideologischer Genauigkeit
- vs.
- Ideologische Genauigkeit vor Pragmatismus

Auch bei einer politisch begründeten Praxis der Solidaritätsarbeit treten Dilemmata auf, da sie nicht im herrschaftsfreien Raum stattfindet: Es bleiben unterschiedliche Interessen zwischen Nord und Süd sowie Machtverhältnisse zwischen GeberInnen und NehmerInnen, was zu folgenden Forderungen führte:

- Reflexion jeder Praxis auf Herrschaftsverhältnisse
- Die Reflexion der Dilemmata darf nicht zur Passivität führen
- Eigene Interessen (bspw. Abenteuerlust, Weiterbildung, Arbeitsplatz) benennen, statt verdrängen

Die Schlussdiskussion spiegelte die Dynamik des Seminars deutlich wider: Wahrscheinlich hat keineR der TeilnehmerInnen die Patentlösung für seine Bauchschmerzen mit dem Begriff Entwicklung gefunden. Aber die Kritik am Entwicklungsdiskurs als Herrschaftstechnik und der strategischen Eigeninteressen, die Akteure der Entwicklungspolitik verfolgen, dürfte den meisten fruchtbare Impulse gegeben haben. Wir hoffen, dass damit den TeilnehmerInnen der Sinn des Konzepts der Solidaritätsarbeit als Möglichkeit einer praktischen Betätigung *gegen* Herrschaftsverhältnisse näher gekommen ist.